



Frankreichs Haushaltsstreit 2026 zeigt die strukturelle Blockade im politischen System

Vier Monate nach Beginn des parlamentarischen Verfahrens steht der französische Staatshaushalt 2026 kurz vor seiner endgültigen Verabschiedung – und das nicht durch parlamentarischen Konsens, sondern durch das wiederholte Aushebeln der Debattenordnung mithilfe von Artikel 49.3 der Verfassung. Dieses Vorgehen legt den Finger auf eine tieferliegende systemische Schwäche: die fragile Stellung der Regierung in einer Nationalversammlung ohne klare Mehrheitsverhältnisse.

Nach Angaben der Regierung soll das Budget am Montag endgültig verabschiedet werden – sofern die zu erwartenden Misstrauensanträge im Parlament scheitern. Frankreich würde damit mit einem Monat Verspätung in ein Haushaltsjahr starten, das bereits durch finanzielle Unsicherheiten und politische Zerwürfnisse geprägt ist.

Drei Hebel, ein Ziel: Verabschiedung um jeden Preis

In der aktuellen XVII. Legislaturperiode verfügt das Kabinett unter Premierminister Sébastien Lecornu über keine absolute Mehrheit in der Assemblée nationale. Das bedeutet: Jeder Gesetzesentwurf ist auf wechselnde Koalitionen oder Sonderinstrumente angewiesen. Im Falle des Haushalts 2026 griff die Regierung gleich dreimal auf Artikel 49 Absatz 3 zurück – ein Notfallartikel, der es erlaubt, einen Gesetzestext ohne Abstimmung durchzusetzen, sofern keine erfolgreiche Misstrauensabstimmung folgt.

- 1. Erster 49.3 (Januar):** Der Einnahmenteil wird eingebracht – ohne Mehrheitsvotum.
- 2. Zweiter 49.3 (Ende Januar):** Die Ausgabenseite folgt demselben Verfahren.
- 3. Dritter 49.3 (Freitag):** Nach Rückkehr des Gesamttextes aus dem Senat wird erneut die Vertrauensfrage gestellt.

Alle darauffolgenden Misstrauensanträge scheiterten an der fehlenden absoluten Mehrheit – auch, weil zentrale Oppositionskräfte wie die Sozialistische Fraktion (SOC) und Teile der Republikaner sich einer Unterstützung verweigerten.



Parlamentarismus am Limit

Was in der Fünften Republik lange als Ausnahme galt, wird zunehmend zur Routine. Bereits unter der Regierung von Élisabeth Borne war Artikel 49.3 mehrfach bemüht worden. Doch die dreifache Anwendung im selben Haushaltsverfahren ist ein Novum in der institutionellen Praxis der V. Republik.

Der Staatsrechtler Bastien François sprach jüngst im *Figaro* von einer „technischen Verfassung in einem politischen Vakuum“ – ein Parlament, das zwar rechtlich existiert, aber politisch kaum mehr handlungsfähig sei. Die traditionelle Logik eines klaren Regierungs- und Oppositionslagers weicht einem zersplitterten Feld, in dem ad hoc-Allianzen zunehmend selten werden.

Die Lage am Montag: Zwei letzte Versuche der Opposition

Für den heutigen Montag sind zwei Misstrauensanträge angekündigt – einer von der radikalen Linken (La France Insoumise), einer vom rechtsextremen Rassemblement National. Beide dürften jedoch mangels Mehrheiten im parlamentarischen Zentrum keine Aussicht auf Erfolg haben. Sollte sich diese Einschätzung bestätigen, wäre der Haushalt offiziell verabschiedet und würde dem Verfassungsrat zur Prüfung übergeben.

Diese letzte Phase markiert zugleich die Schwäche eines politischen Systems, das institutionell zwar auf Stabilität angelegt ist, in der Praxis aber zunehmend durch dysfunktionale Mehrheitsverhältnisse ausgehöhlt wird.

Institutionelle Stabilität, wirtschaftliche Fragilität

Ungeachtet der formellen Verabschiedung bleibt das wirtschaftliche Fundament des Haushalts 2026 fragil. Frankreich befindet sich weiterhin oberhalb der Maastricht-Grenze für das Haushaltsdefizit (über 5 % des BIP laut Prognosen der Cour des comptes), während die Staatsschuldenquote Richtung 112 % des BIP steigt.

Die späte Verabschiedung des Haushalts – Anfang Februar statt zum Jahreswechsel – sendet negative Signale an Investoren, Ratingagenturen und internationale Partner. Zugleich bleiben



große Posten wie Verteidigungsausgaben, soziale Leistungen und Schuldendienst unangetastet, was die Flexibilität der Fiskalpolitik weiter einschränkt.

Ökonomisch bedeutend ist zudem die Rückmeldung der Europäischen Kommission im Rahmen des Defizitverfahrens, das 2024 wiederaufgenommen wurde. Der französische Haushalt 2026 wird dort auf seine Vereinbarkeit mit den fiskalischen Regeln der EU geprüft.

Krisen als neue Norm

Die Art und Weise, wie der Haushalt 2026 verabschiedet wird – mit parlamentarischen Notinstrumenten und ohne inhaltlichen Konsens –, ist symptomatisch für eine tiefe strukturelle Krise der französischen Politik. Der institutionelle Rahmen der V. Republik, einst als Bollwerk gegen Instabilität konzipiert, stößt an seine Grenzen, wenn weder das politische Zentrum regieren kann noch die Extreme in der Lage sind, konstruktive Alternativen zu bieten.

Ob dies auf eine künftige institutionelle Reform hinausläuft – etwa eine Änderung der Regeln zum Verfassungsartikel 49.3 oder gar ein Übergang zu einer VI. Republik – ist derzeit offen. Klar ist aber: Die französische Demokratie befindet sich in einer Phase der Übergänge, in der Regierungsgewalt zunehmend über technische Mittel und weniger über parlamentarischen Diskurs ausgeübt wird.

Autor: P. Tiko